



Erfolgreiche Landsgemeinde der Luzerner Allianz für Lebensqualität

Fertig gespart: Luzern hat genug vom Abbau!

Nicht die Politik sondern die Zivilgesellschaft hatte für einmal das Sagen im Kantonsratsaal. Polizisten, Lehrerinnen, Menschen mit Behinderung, Gemeindevertreter, Staatspersonal, Umweltverbände, Krankenpflegerinnen, Musikschullehrer, Gewerkschafterinnen und Gemeindevertreter diskutierten an der Landsgemeinde der Luzerner Allianz für Lebensqualität. Die rund 170 Anwesenden setzten ein deutliches und solidarisches Zeichen gegen die Abbaupläne des Kantons. Einstimmig wurde eine Resolution verabschiedet und es wurde klar: Wenn alle zusammen stehen, sind neue Mehrheiten auch in der Politik möglich.

Gleich in seiner Eröffnungsrede machte der Vorsitzende und Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Luzerner Personalverbände (ALP) Remo Herbst klar, dass die Finanzpolitik nicht länger das Mass aller politischen Handlungen im Kanton Luzern sein darf. Qualität, Verlässlichkeit und gute Arbeitsbedingungen gehören wieder in den Mittelpunkt. Die Leidtragenden der aktuellen Buchhalterpolitik sind Schulen, Verwaltungen, Spitäler, Polizei, Gerichte und Sozialinstitutionen, die Leistungen und Qualität nicht länger aufrechterhalten können. Durch getarnte Lohnkürzungen mittels unbezahlter Zwangsferien oder die geplante Erhöhung der Arbeitszeit muss nun das Personal erneut den Kopf hinhalten und wird trotz solider und treuer Dienste abermals vom Arbeitgeber Kanton Luzern bestraft. Sämtliche Personalorganisationen sagen deshalb Stopp!

Das Personal duckt sich nicht mehr

Auch Annamaire Bürkli, Präsidentin des Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverbandes, verstand nicht, warum Angestellte, Schülerinnen und Schüler in der Volksschule, in den Berufsschulen und in den Gymnasien und nicht zuletzt die Eltern den angerichteten Schlamassel ausbaden sollen. Sie begrüsst deshalb Aktionen wie sie in Hochdorf und verschiedenen Schulen jetzt stattfinden. Bisher wurden die Rahmenbedingungen immer wieder gekürzt, bei gleichbleibenden Qualitätsansprüchen. Das geht nur auf, wenn das Personal sich duckt. „Das ist jetzt vorbei,“ so Bürkli.

Genug vom ewigen Abbau hat auch Luitgardis Sonderegger, Direktorin der rodtegg – Stiftung für Menschen mit körperlicher Behinderung. Der Stiftung wurden innerhalb von zwei Jahren die Tarife um 6 Prozent gekürzt. Deshalb mussten Leistungen wie Entlastungsangebote für Familien abgeschafft und sorgfältig erarbeitete Reserven aufgebraucht werden. Reserven sind aber nicht dazu da, um marode Staatsfinanzen sanieren zu helfen. Die geplante Umverteilung zwischen den einzelnen Kassen bringe nichts, der Mensch koste dadurch ja nicht weniger, so Sonderegger. Menschen mit Behinderung sind ein Teil unserer Gesellschaft, sie verdienen es mit Würde und Respekt behandelt zu werden. Das steht in der Bundesverfassung, und das gilt auch im Kanton Luzern.

Pflegepersonal und Polizei unter Spardruck

Für VPOD-Geschäftsleiter Martin Wyss ist eine sichere Gesundheits- und Spitalversorgung einer der zentralen Grundpfeiler unseres Service public. Diesen Pfeiler setzt der Kanton Luzern mit seinen Privatisierungsplänen nun mutwillig aufs Spiel. Denn in einigen Kantonen wurde erkannt, dass die Privatisierung nachteilig für die Versorgungssicherheit und die Pflegequalität ist. Dort werden die Spitäler wieder rückverstaatlicht, die Kooperation verstärkt oder gar die Verselbstständigung der öffentlichen Spitäler rückgängig gemacht. Um konkurrenzfähig zu bleiben, braucht es also keine Privatisierung sondern genügend gut ausgebildetes Personal auf den Abteilungen und die nötigen Rahmenbedingungen für eine gute Pflege. Für Wyss ist die Gesundheitsinitiative der Allianz ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung.

Sparen ist aber nicht nur gefährlich für die Gesundheit, sondern auch für unsere Sicherheit. Dies machte Othmar Roth, Vizepräsident des Verbands Luzerner Polizei deutlich. Seit Jahren ist bekannt, dass die Luzerner Polizei personell unterdotiert ist. Trotzdem wurde unter dem Spardruck die personelle Aufstockung halbiert, auf längere Zeiträume erstreckt oder gar nicht bewilligt. Künftig könnte sogar ein Stellenabbau im Raum stehen. Wenn die Politik bei der Sicherheit sparen wolle, müsse sie sich gemäss Roth bewusst sein, dass ein Leistungsabbau unumgänglich wird. Das könnte dem Kanton aber teuer zu stehen kommen. Denn Sicherheit zu erhalten ist immer noch günstiger, als Sicherheit wieder herzustellen.

Vertrauen in den Kanton ist gesunken

Ohne Leistungsabbau ist auch die geplante Erhöhung des Kostendeckungsgrads des öffentlichen Verkehrs nicht zu haben, betonte VCS-Geschäftsleiterin Monique Frey. Bezahlen werden die KundInnen mit höheren Billettpreisen. Weiter müssen wohl Angebote abgebaut werden, indem v.a. Linien auf dem Lande weniger Kurse fahren. Zudem wird der Druck auf die Verkehrsunternehmen erhöht, billiger zu arbeiten. Das bedeutet schlechtere Löhne und Anstellungsbedingungen haben und weniger Neu-Investitionen in zum Beispiel abgasärmere Fahrzeuge. Unter dem Strich droht eine Entwicklung zu Ungunsten der öV-Nutzenden, der Angestellten und der Umwelt.

Das Staatspersonal erbringt Dienstleistungen in hoher Qualität und äusserst effizient, erklärte Helga-Christina Stalder, Geschäftsführerin des Luzerner Staatspersonalverbands (LSPV). Dennoch wird seit Jahren in allen Departementen und Dienststellen gespart. Dies geschieht über Stellenabbau von Kleinpensen und Nichtbesetzung von freien Stellen nach Pensionierungen und Austritten. Dies führt zu zusätzlicher Arbeit für das verbleibende Personal, da die Dienstleistungen des Kantons nicht entsprechend gekürzt werden können. Das Vertrauen der Mitarbeitenden in den Arbeitgeber Kanton Luzern ist bereits geschwunden. Der Arbeitgeber muss wieder beweisen, dass ihm sein Personal etwas wert ist.

Mehr Solidarität und Planungssicherheit dank Sozialpartnerschaft

In der anschliessenden offenen Diskussion wurde mehr Engagement von den Verbänden und auch den Mitgliedern gefordert. Der Einwohnerratspräsident der Gemeinde Kriens warnte vor Kostenverlagerungen zu Lasten der Gemeinden. Passend dazu beantragten VertreterInnen der Musikschule das Referendum gegen die Beitragskürzungen an die Gemeinden im Musikschulbereich. Zudem gab es kritische Voten, ob die geplante Steuerfusserhöhung wirklich gerecht sei. Danach wurde einstimmig eine Resolution für einen lebenswerteren Kanton Luzern mit folgenden Forderungen verabschiedet:

- Eine glaubwürdige politische Führung. Nicht nur Unternehmen, sondern auch Leistungserbringer, das Personal und die Bevölkerung wollen Planungssicherheit. Vereinbarungen, Lohnreglemente und politische Versprechen müssen eingehalten werden.
- Einen guten Service Public, namentlich im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, wie auch beim öffentlichen Verkehr. Investitionen in diesen Bereichen zahlen sich in Zukunft mehrfach wieder aus.
- Eine Sozialpartnerschaft mit den Personalorganisationen, die auf Dialog und gemeinsamer Entscheidungsfindung beruht – und nicht bloss auf Information ohne Mitsprache.
- Mehr Solidarität anstelle eines sinnlosen Verteilungskampfs zwischen Kanton, Gemeinden und Regionen, Sozialversicherungen und anderen Institutionen.
- Gerechte, und genügend Mehreinnahmen, um den Kanton wieder handlungsfähig zu machen. Alle sollen einen fairen Beitrag ans Gemeinwohl leisten.

Zum Abschluss forderte Remo Herbst die Anwesenden auf, sich zu wehren: Mit Leserbriefen, an Protestaktionen, im Gespräch mit Politikern oder mit einem Beitritt zu den Organisationen unter dem Dach der Luzerner Allianz.